

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Helga Bramer

Berufliche Weiterbildung in der DDR vor der Wende

24. Jg./1991

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Berufliche Weiterbildung in der DDR vor der Wende

Helga Bramer, Berlin*

Der Beitrag befaßt sich rückblickend, aber auch vorausschauend mit der Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Es werden zunächst die wichtigsten Etappen in der Entwicklung der Erwachsenenbildung nach 1945 dargestellt. Die noch vor der Gründung der DDR, unter Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland eingerichteten Volkshochschulen und Berufsschulen bezogen die Weiterbildung der Berufstätigen auf gesamtgesellschaftliche und ökonomische Aufgabenstellungen. Die in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblickenden Volkshochschulen wurden auch nach der Gründung der DDR als bewährte Grundformen der Erwachsenenbildung weiterentwickelt. Betriebs- und Dorfakademien eröffneten der beruflichen Weiterbildung ein neues, breites Wirkungsfeld. Mitte der 60er Jahre war die Institutionalisierung der Erwachsenenbildung und ihre Integration in das staatliche Bildungswesen abgeschlossen.

Wie im allgemeinbildenden Schulwesen stützte man sich auch in der beruflichen Erwachsenenbildung auf die Positionen der Sowjetpädagogik und -psychologie, deren theoretische Grundlage der Marxismus/Leninismus bildete.

In den Jahren 1975 bis 1980 wurde das Forschungsprojekt „Pädagogische Untersuchungen zur Persönlichkeitsentwicklung der Werktätigen im volkseigenen Betrieb unter besonderer Berücksichtigung der Einheit von Arbeiten, Lernen und politischer Tätigkeit“ durchgeführt. Der vorliegende Beitrag stellt Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus den empirischen Erhebungen vor. Daran schließen sich Überlegungen, was mit der Integration der fünf neuen Bundesländer in die alte Bundesrepublik Deutschland im übernommenen Weiterbildungssystem überwunden werden muß, was bewahrenswert erscheint und welche Anknüpfungspunkte für künftige Weiterbildungsstrategien vorhanden sind.

Gliederung

- 1 Bemerkungen zur Entwicklung der beruflichen Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR
 - 1.1 Zur Ausgangssituation nach 1945
 - 1.2 Die Entwicklung der beruflichen Erwachsenenbildung und ihre Stellung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem
- 2 Kennzeichnung von Positionen der beruflichen Erwachsenenbildung
- 3 Darstellung einiger Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus dem Forschungsprojekt „Pädagogische Untersuchungen zur Persönlichkeitsentwicklung der Werktätigen im volkseigenen Betrieb unter besonderer Berücksichtigung der Einheit von Arbeiten, Lernen und politischer Tätigkeit“
 - 3.1 Problemlage
 - 3.2 Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus den empirischen Erhebungen
- 4 Gedanken zum Zusammenwachsen der beruflichen Weiterbildung und der gesamten Erwachsenenbildung

I Bemerkungen zur Entwicklung der beruflichen Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

1.1 Zur Ausgangssituation nach 1945

Der Neuaufbau der Wirtschaft auf dem ehemaligen Gebiet der DDR vollzog sich unter komplizierten Bedingungen. Das Land war völlig zerstört, und es mußten immense Reparationsleistungen erbracht werden. Dazu kam, daß die Sowjetunion als einer der Siegerstaaten anfangs keine wirtschaftliche Unterstützung geben konnte, weil ihre Wirtschaft ebenfalls durch den Krieg verwüstet war. So waren also gewaltige Anstrengungen erforderlich, um die notwendigen Lebensgrundlagen zu schaffen.

Bereits 1945 war unter Aufsicht der Besatzungsmächte in allen vier Besatzungszonen die Gründung von Volkshochschulen erfolgt. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) stellte mit dem Befehl Nr. 22 vom 23.01.1946 die Arbeit der Volkshochschulen sicher. Sie übertrug damit auch der Volkshochschule die im Potsdamer Abkommen gestellte Aufgabe, aktiv bei der demokratischen Umerziehung der deutschen Bevölkerung, ihrer Reeducation, mitzuwirken. Daneben galt es, allgemeinbildende wissenschaftliche Kenntnisse zu verbreiten, zur Hebung der allgemeinen Kultur und des Bildungsstandes beizutragen.

Bereits zwei Jahre später, am 09.10.1947, wurde mit dem Befehl Nr. 234 der SMAD eine „Verordnung über die Ausbildung von Industriearbeitern in den Berufsschulen“ erlassen, die auf eine zügige Erhöhung des Bildungs- und beruflichen Qualifikationsstandes der Berufstätigen orientierte.

Damit wurde die berufliche Weiterbildung¹ tausender Berufstätiger auf die gesamtgesellschaftlichen und vor allem die ökonomischen Aufgabenstellungen ausgerichtet.

* Dr. Helga Bramer ist akademische Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Berufs-, Betriebs- und Erwachsenenpädagogik. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin.

¹ Mit beruflicher Weiterbildung ist die berufliche Weiterbildung (Qualifizierung) *Erwachsener* gemeint, die im beruflichen Arbeitsprozeß stehen. Das betrifft auch solche, die aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen umgeschult werden müssen, aber keine ABM. Die berufliche Weiterbildung erfolgte meistens in Abendkursen oder im Fernstudium, d. h. ohne Unterbrechung der beruflichen Arbeit.

Es ging nicht nur um die Überwindung des beruflichen Qualifikationsrückstandes, sondern auch um die Schaffung der volkswirtschaftlich notwendigen Qualifikationsstruktur.

1948 verordnete die SMAD den weiteren Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Dabei wurde erstmals der Zusammenhang zwischen politisch-ideologischer Erziehung und beruflich-fachlicher Qualifizierung hervorgehoben. Als Merkmale eines sozialistischen Bewußtseins wurden eine „sozialistische Arbeitsmoral und ein hohes Qualifikationsniveau“ genannt. Diese Einheit von Bildung und Erziehung² wurde zum zentralen Prinzip der beruflichen Weiterbildung.

1.2 Die Entwicklung der beruflichen Erwachsenenbildung und ihre Stellung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem

Mit der Gründung der DDR im Jahre 1949 wurde der Aspekt der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der Erwachsenenbildung weiter verstärkt. Die Volkshochschulen, die in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken konnten, bewährten sich von Anfang an als eine Grundform der Erwachsenenbildung. Schon um das Jahr 1950 spielten sie eine Rolle bei der beruflichen Weiterbildung, z. B. als Betriebsvolkshochschulen bzw. in enger Zusammenarbeit mit Betrieben, in denen keine berufliche Bildungseinrichtung bestand. Mit der Schaffung von Betriebs- und Dorfakademien erhielt die berufliche Weiterbildung ein neues breites Wirkungsfeld.

Anfang der 50er Jahre setzte die SED die sozialistische Entwicklung auf die Tagesordnung. Die berufliche Weiterbildung erhielt neue Impulse. Dem diente im besonderen Maße die Einführung der abschnittsweisen Ausbildung, die vom Ministerrat der DDR am 30.06.1960 durch die „Grundsätze zur weiteren Entwicklung des Systems der Berufsbildung in der DDR“ geregelt wurde. Gleichzeitig wurden berufliche Ausbildung und Weiterbildung zum festen Bestandteil des sozialistischen Bildungswesens erklärt. Große Aufmerksamkeit galt den Bildungsmaßnahmen der Organisationen, der beruflichen Weiterbildung in den Betrieben, in der Landwirtschaft, der Weiterbildung durch Rundfunksendungen und durch die Fernsehakademie sowie der Befriedigung allgemeiner Bildungsbedürfnisse in den Wohngebieten.

Nach und nach erholte sich die Wirtschaft der ehemaligen DDR. Die Volkshochschulen unterstützten den Aufschwung durch ein breites Bildungsprogramm, wozu vor allem Lehrgänge beitrugen, die – beginnend Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre – zum Abschluß der 8., 10. und 12. Klasse (Abitur) der allgemeinbildenden Schule führten. Dasselbe galt für die Vorbereitung Berufstätiger auf die Meisterprüfung, auf ein Fach- bzw. Hochschulstudium sowie für die Frauenförderung in Frauensonderklassen. Die Volkshochschule trug damit bedeutend zur Durchgängigkeit des sozialistischen Bildungssystems bei. Eingeleitet wurde diese Entwicklung im Mai 1959 durch „Vorschläge“ des Zentralkomitees der SED, die am 07.01.1960 in der „Anweisung über die Durchführung von Lehrgängen an der Volkshochschule zur Vorbereitung auf das Hoch- und Fachschulstudium“ und in der „Verfügung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Qualifizierung der Werk tätigen und der Berufsausbildung der Lehrlinge“ vom 15.03.1960

ihren Niederschlag fanden. Diesen staatlichen Festlegungen folgten am 18.07.1962 die „Anweisung zum Umfang und zur Zeitdauer der Lehrgänge zur Vorbereitung auf das Hoch- und Fachschulstudium an den Volkshochschulen“, die „Verordnung über die Bildungseinrichtungen zur Erwachsenenqualifizierung“ vom 27.09.1962 und die „Anweisung für die Durchführung der Lehrgänge an Volkshochschulen zur Vorbereitung auf ein Fachschulstudium“ vom 17.06.1964.

Es wurde eine durchgängige Verstaatlichung und Verschulung der gesamten Erwachsenenbildung, ihre Vergesellschaftung und Instrumentalisierung für volkswirtschaftliche und sozialpolitische Zwecke durchgesetzt.

Schließlich wurde 1965 das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ verabschiedet, womit die Institutionalisierung der Erwachsenenbildung und ihre Integration in das staatliche Bildungswesen vorläufig abgeschlossen wurde. Das Schul- und Hochschulsystem wurde durch die bereits erwähnten Lehrgänge an Volkshochschulen, durch berufliche Weiterbildungsmaßnahmen an Betriebsakademien und durch Fernstudienlehrgänge an Universitäten, Hoch- und Fachschulen ergänzt und erweitert. Dadurch eröffneten sich für jeden einzelnen mehrere Bildungswege. Voraussetzung dafür war jedoch, daß der Berufstätige seine Weiterbildungsinteressen mit der streng geplanten Produktions- und Arbeitskräfteplanung seines Betriebes in Übereinstimmung brachte. Das heißt, die berufliche Weiterbildung richtete sich fast ausschließlich nach dem ökonomischen Bedarf, kaum nach individuellen Bildungsbedürfnissen.

Die Freistellung für die Weiterbildung wurde durch das Arbeitsgesetzbuch geregelt. Danach war eine Freistellung von der Arbeit vor allem für berufliche Weiterbildung im Betrieb und für das Fernstudium vorgesehen. Besonders großzügige Regelungen gab es für die berufliche Weiterbildung von Frauen.

Weitere Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und der Volkskammer der ehemaligen DDR, weitere Gesetze und Verordnungen hatten das Ziel, die berufliche Weiterbildung noch straffer zu vereinheitlichen und zu reglementieren. So wurden im Beschluß der Volkskammer vom 16.09.1970 „Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werk tätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR“ wesentliche Aufgaben der beruflichen Weiterbildung gekennzeichnet. Mit dem Beschluß des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB vom 21.06.1979 „Für eine weitere Erhöhung des Niveaus der Erwachsenenbildung“ wurde angestrebt, den Schwerpunkt der beruflichen Weiterbildung von der Sicherung des Nachholbedarfs auf eine vorwiegend berufsgestaltende Weiterbildung zu verlagern. Dieser Beschluß sollte der Durchsetzung der höheren Anforderungen an die berufliche Weiterbildung dienen, wie sie im Programm der SED gestellt waren. Die Hauptstoßrichtung bei der Umsetzung des Beschlusses bestand aus ökonomischer Sicht darin, mit weniger Arbeitskräften ein höheres Nationaleinkommen zu erzielen.

Die berufliche Weiterbildung nahm auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine dominierende Stellung ein. Diese wurde unter anderem mit der „Verordnung über die Verantwortung und die Aufgaben bei der Leitung der Berufsbildung“ vom 29.11.1979 zusätzlich verankert. Schließlich wurde mit den Beschlüssen und gesetzlichen Maßnahmen

² Vgl. die inhaltlichen Angaben zu diesen Begriffen im Abschnitt 2!

von 1970 und 1979 eine Balance zwischen der Berufsorientierung einerseits und der allgemeinen gesellschaftlichen sowie soziokulturellen Orientierung andererseits angestrebt. Doch in der Praxis setzten sich die staatlichen Steuerinstrumente von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer stärker durch. Dafür gab es objektive Gründe. Durch den weltweiten wirtschaftlich-sozialen Strukturwandel, den ein unablässig wachsendes Tempo und eine ständig zunehmende Dynamik kennzeichnen, und dem mit ihm verbundenen Bedingungsgefüge Technik – Technologie – Wirtschaftlichkeit erhielt die berufliche Weiterbildung die stärksten Impulse. Dieser Prozeß wurde übermäßig forciert. Zugleich wurde die berufliche Weiterbildung als ein positiver Stimulus benutzt, um zunehmende ökonomische Schwierigkeiten überwinden zu helfen. Das mußte letztlich scheitern, weil eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben wurde, die grundlegende Erfordernisse einer modernen Volkswirtschaft negierte.

2 Kennzeichnung von Positionen der beruflichen Erwachsenenbildung

Auch in der beruflichen Erwachsenenbildung stützte man sich – wie in den allgemeinbildenden Schulen, den Hoch- und Fachschulen – fast ausschließlich auf die Positionen der Sowjetpädagogik und -psychologie, deren theoretische Grundlage der Marxismus-Leninismus war. Namen wie Rubinstein, Teplov, Leontjew, Galperin, Afanasjew, Kon, Gmurman, Koroljow, Gurowa, Istomina, Tonkonogaja und andere sind den meisten Lehrern in der Erwachsenenbildung ein Begriff.

Leider blieb die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Theorie der Erwachsenenbildung sowohl im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland als auch im größeren internationalen Rahmen zurück, obwohl es bis Ende der 60er Jahre dafür gute Ansätze gab. Erinnert sei an die Tätigkeit des damaligen Instituts für Erwachsenenbildung an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Wissenschaftler wie Widmann, Knöchel, Naumann, Strobel, Harke und andere hatten – zunächst basierend auf den theoretischen Auffassungen von Schaller – versucht, das vorgefundene Gedankengut durch neue theoretische Einsichten auszubauen und für die Erwachsenenbildung in der damaligen DDR zu nutzen. Anfangs existierten auch Kontakte zu Bildungsinstitutionen der Bundesrepublik, so u. a. zur Ruhr-Universität Bochum (Knoll, Siebert). Diese wurden jedoch von der SED und von zentralen staatlichen Stellen eingeschränkt, so daß kaum noch Bedingungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit bestehen blieben.

Völlig unverständlich war die Entscheidung, daß man 1970, als die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Berufstätigen beschlossen wurden, das Institut für Erwachsenenbildung auflöste und die Wissenschaftler in andere Bereiche, Universitäten und Hochschulen umsetzte. Für die berufliche Erwachsenenbildung wurde in dem genann-

ten Beschluß ein weitgefächertes Ziel formuliert. Es orientierte – abgesehen von der ideologischen Ausrichtung – auf

- allseitige Persönlichkeitsentwicklung,
- Kenntnis gesamtgesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Zusammenhänge,
- Beherrschung moderner Technik und Technologie, vor allem automatisierter Produktionsprozesse,
- Teilnahme an der Planung und Leitung des Staates, der Wirtschaft und Kultur sowie an der Produktivitätssteigerung und
- kulturvolle Lebensweise und Verteidigungsbereitschaft³.

Zugleich wurde die breiteste Mitwirkung der Betriebe, Bildungsinstitutionen, wissenschaftlichen Gesellschaften und Organisationen angeordnet⁴.

Je stärker die berufliche Erwachsenenbildung in das staatliche Bildungssystem integriert wurde und je schärfer man die ideologische Abgrenzung gegenüber der „bürgerlichen Andragogik“ betrieb, desto mehr wurde das Lernen Erwachsener als eine bloße Fortsetzung des Lernens im Kindes- und Jugendalter gewertet. Auch die zentral durchgesetzte Verschulung und die obligatorische Verwendung von Lehrplänen, die an die Lehrpläne der 10- und 12klassigen Oberschule angelehnt waren, spielten hier eine Rolle⁵. Veröffentlichungen zur Erwachsenenpädagogik waren ebenso eine Seltenheit wie erwachsenenpädagogische Theoriediskussionen. Die Unterschiede zwischen dem lernenden Jugendlichen und dem lernenden Erwachsenen erschienen deshalb sehr vielen Lehrkräften eher zweitrangig als grundlegend. Um all den nebenberuflich tätigen Lehrkräften und den Lehrern aus allgemeinbildenden Schulen, die in der beruflichen Erwachsenenbildung unterrichten, fundierte erwachsenenpädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, hätte es bedeutend größerer Anstrengungen in Wissenschaft und Forschung sowie bei der Weiterbildung der in der beruflichen Erwachsenenbildung tätigen Lehrkräfte bedurft. Zugleich muß aber betont werden, daß viele engagierte Direktoren von Volkshochschulen und betrieblichen Bildungseinrichtungen nach Kräften bemüht waren, ihren Lehrkräften das notwendige Wissen und Können zu vermitteln. Über sie konnten die wenigen Wissenschaftler, die auf dem Gebiet der Erwachsenenpädagogik tätig waren, (Harke, Bauer, Schneider u. a.) – und auch das oft nur neben anderer wissenschaftlicher Arbeit – für die Praxis wirksam werden.

Was über die *Erwachsenenpädagogik* gesagt wurde, trifft nicht im gleichen Maße auf die Psychologie des Erwachsenenalters zu. Löwes Buch „Einführung in die Lernpsychologie des Erwachsenenalters“ (Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970, 312 S.) fand breite internationale Beachtung, weil er darin sowohl lernpsychologische Probleme, physische und psychische Leistungsfähigkeit im Erwachsenenalter untersuchte und Vorschläge zur Verbesserung des traditionellen Unterrichts in der Erwachsenenbildung unterbreitete als auch zur endgültigen Widerlegung der Adoleszenz-Maximum-Hypothese beitrug. Mit dieser Hypothese wurde die psychische Entwicklung nach der Adoleszenz und damit die Möglichkeit lebenslangen Lernens verneint. Hans Löwe hielt das einleitende Referat auf dem XXII. Internationalen Kongreß für Psychologie, der im Juli 1980 in Leipzig stattfand, und wurde von anderen Wissenschaftlern der ehemaligen DDR wirksam unterstützt⁶.

Um die Darstellung von Forschungsergebnissen zur beruflichen Erwachsenenbildung für unsere westdeutschen Part-

³ Vgl. Harke et al.: Beiträge zur Erwachsenenqualifizierung. Volk und Wissen, Berlin 1971 (240 S.), Seite 200 (Die „Beiträge...“ wurden in mehreren westlichen und östlichen Ländern verbreitet).

⁴ Vgl. ebenda, Seite 200/201.

⁵ Das war besonders ausgeprägt in den Volkshochschulen der Fall, die wie die allgemeinbildenden Schulen dem Ministerium für Volksbildung unterstellt waren.

⁶ Vgl. dazu Löwe et al.: Psychologische Probleme des Erwachsenenalters. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1983 (151 S.).

ner lesbarer zu machen, sei eine kurzgefaßte Angabe zu einigen Begriffen vorangestellt. Dies erscheint notwendig, weil in den letzten Jahrzehnten, als noch zwei deutsche Staaten bestanden, einerseits unterschiedliche Begriffe verwendet wurden und sich andererseits gleichlautende Begriffe inhaltlich zum Teil stark voneinander unterschieden.

- Als herrschende Klasse galt in der DDR die Arbeiterklasse. Da die Arbeiter mehrheitlich in volkseigenen Betrieben konzentriert waren, die den Großteil des Bruttoinlandsprodukts schufen, widmete man „bildnerischen“ und „erzieherischen“ Aktivitäten, die letztlich vor allem auf die Erhöhung der Wirtschaftskraft gerichtet waren, besonderes Augenmerk.

- Die Begriffe „Bildung“ und „Erziehung“ wurden in der ehemaligen DDR folgendermaßen unterschieden: Unter „Bildung“ verstand man die „*Vermittlung und Aneignung von Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, . . . die Ausbildung von Erkenntnisinteressen und Begabungen*“⁷, eingeschlossen die Vorbereitung auf die berufliche Tätigkeit.

Dagegen wurde unter dem Begriff „Erziehung“ eine „*spezifische soziale Tätigkeit*“ verstanden, „*die auf die Entwicklung von Menschen im Sinne gesellschaftlich bedingter Ziele einwirkt*“⁸, damit Einstellungen, Überzeugungen und Charaktereigenschaften herausgebildet und ein entsprechendes weltanschauliches, soziales und moralisches Verhalten entwickelt wird.

In der Praxis galt das Bemühen der Pädagogen stets der *einheitlichen* Gestaltung von Bildung und Erziehung, die trotz mancher ideologischen Überfrachtung auf die Aneignung hohen Wissens und Könnens sowie wertvoller Charaktereigenschaften gerichtet war.

- Im Forschungsbericht, aus dem nachfolgend einige Ergebnisse dargestellt werden sollen, wurden eine weite und eine enge Auffassung von erzieherischer Einflußnahme auf Berufstätige unterschieden:

- a) „*die breite, auf Synthetisierung aller Erziehungsvorgänge gerichtete*“ Auffassung,⁹
- b) „*die engere, besonders auf die unmittelbare Vereinigung von Arbeit und Erziehung. . . gerichtete*“ Auffassung¹⁰.

- Grundsätze der beruflichen Erwachsenenbildung waren - wie generell im damaligen Bildungssystem der DDR -

- a) die *Allseitigkeit der Persönlichkeitsentwicklung*, darunter mathematische, gesellschaftswissenschaftliche, mutter- und fremdsprachliche, ästhetische, moralische und sportliche Bildung;
- b) die *Kollektivität*, d. h. das Tätigsein in stabilen Gruppen (Gemeinschaften), bei Berufstätigen vor allem in Arbeitskollektiven mit der ihnen eigenen wechselseitigen Beeinflussung und Erziehung;
- c) der *Tätigkeitsaspekt*. Dem Grundsatz der Allseitigkeit folgend, wurde bewußtes, engagiertes Tätigsein in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft angestrebt und gefördert: im Beruf, beim Lernen/der Weiterbildung, in

der politischen Sphäre, auf künstlerischem und sportlichem Gebiet. Die Arbeit wurde und wird als die für die Existenz der Menschheit, für ihre progressive Weiterentwicklung und ihren steigenden Wohlstand notwendige Tätigkeit des Menschen verstanden. Sie ist die Haupttätigkeit des Menschen. Für den Berufstätigen wurde daher die Einheit von Arbeiten, Lernen und politischer Tätigkeit als notwendig erachtet.

- Unter dem Begriff „Persönlichkeit“ wurden vor allem die sozialen und sozial-psychischen Merkmale des Menschen verstanden, unter dem Begriff „sozialistische Persönlichkeit“ Menschen, die sich durch wertvolle Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen auszeichnen und bewußt für das Wohlergehen der sozialistischen Gesellschaft tätig sind.

- „Persönlichkeitsentwicklung“ umfaßt aus der Sicht der sozialistischen Pädagogik einen vielschichtigen Prozeß, der pädagogisch gelenkt wird und den Berufstätigen zunehmend befähigt, trotz aller notwendigen Anpassung selbständig und schöpferisch die konkreten Lebensbedingungen mit- und umzugestalten.

- Arbeiten, Lernen und politische Tätigkeit wurden als wesentliche Tätigkeiten Berufstätiger aufgefaßt. Die berufliche Arbeit, die der Erwachsene über 40 und mehr Jahre leistet, wurde und wird als die entscheidende Tätigkeit, die Haupttätigkeit verstanden, weil sie ihn am nachhaltigsten prägt und wesentlich zur Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen vermag.

- Der Begriff „Arbeitsgrundkollektiv“ kennzeichnete eine in unmittelbarem Kontakt stehende stabile Gruppe von Menschen, die eine im gesellschaftlichen Interesse liegende Arbeitsaufgabe lösen und dabei durch gemeinsame Ziele, gemeinsame Disziplin und Verantwortung verbunden sind.

- Der „Werktätige“ ist ein Bürger, der seinen Lebensunterhalt durch seine persönliche Arbeit und Leistung erwirbt, also nicht auf Kosten der Arbeit anderer lebt, und der meistens in einem Arbeitsrechtsverhältnis steht. Bei der Wiedergabe von Forschungsergebnissen wurde der Begriff „Werkstätiger“ verwendet, der in der DDR üblich war. Im übrigen Text fand der Begriff „Berufstätiger“ Verwendung, obwohl zwischen beiden Begriffen nur eine teilweise Synonymie besteht.

3 Darstellung einiger Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus dem Forschungsprojekt „Pädagogische Untersuchungen zur Persönlichkeitsentwicklung der Werkstätigen im volkseigenen Betrieb unter besonderer Berücksichtigung der Einheit von Arbeiten, Lernen und politischer Tätigkeit“

3.1 Problemlage

Durch den Forschungsauftrag, der in den Jahren 1975 - 1980 durchgeführt wurde, sollte zur Lösung folgender Probleme beigetragen werden:

- Das Wesen der sich verändernden Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung im volkseigenen Betrieb sollte mit dem Ziel erfaßt werden, sie für die Persönlichkeitsentwicklung wirksamer nutzen zu können.

- Es sollte versucht werden, einige Beziehungen zu *allgemeinen* Gesetzmäßigkeiten der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten und den *speziellen* im volkseigenen Betrieb zu kennzeichnen.

⁷ Neuner, Babanski u. a.: Pädagogik. Volk und Wissen, Berlin 1983, S. 128.

⁸ Ebenda, S. 127.

⁹ Schmelzer et al.: Pädagogische Untersuchungen zur Persönlichkeitsentwicklung der Werkstätigen im volkseigenen Betrieb unter besonderer Berücksichtigung der Einheit von Arbeiten, Lernen und politischer Tätigkeit (Abschlußbericht zum Forschungsthema). Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Pädagogik, Wissenschaftsbereich Betriebspädagogik 1980, S. 13.

¹⁰ Ebenda, S. 14.

- Pädagogische Empfehlungen für die betriebliche Leitungstätigkeit sollten wissenschaftlich fundiert werden, damit die erzieherische (pädagogische) Seite der Leitungstätigkeit (das pädagogische Element) ein höheres Niveau erhält. Damit sollte ein Beitrag zur Erwachsenenpädagogik im *nichtschulischen* Bereich geleistet werden.

Untersucht wurden vor allem

- „die Tätigkeiten erwachsener Werktätiger (Arbeiten, Lernen, politische Tätigkeit) im Zusammenhang
 - a) mit der Erziehungsfunktion staatlicher Leiter und
 - b) mit der wechselseitigen Erziehung im Arbeitsgrundkollektiv;
- die Unterstützung bestimmter erzieherischer Aktivitäten im Arbeitsgrundkollektiv durch die staatlichen Einrichtungen der Berufsbildung im volkseigenen Betrieb.“ (Thesen zum Forschungsbericht 1980, S. 1)

Die empirischen Untersuchungen zum Forschungsprojekt wurden in den Jahren 1977 – 1979 durchgeführt.

In die Untersuchungen waren 3 500 Berufstätige aus 15 Großbetrieben und 190 Arbeitsgrundkollektive in unterschiedlicher territorialer Lage einbezogen. Die Alterszusammensetzung war ausgewogen. Die 15 untersuchten Betriebe gehörten zu den Wirtschaftszweigen Maschinenbau, Leichtindustrie, Bauindustrie, chemische Industrie, Verkehrswesen, Handel und Dienstleistungen.

Folgende empirische Methoden wurden ausgewählt:

1. schriftliches Interview auf der Basis eines standardisierten Fragebogens,
2. mündliches Interview auf der Basis eines halbstandardisierten Fragebogens,
3. Problemdiskussion zu ausgewählten Befragungsergebnissen,
4. Analysen und Beobachtungen sozialer Vorgänge im Betrieb unter natürlichen Bedingungen.

Für die Auswertung der gewonnenen Daten wurden unterschiedliche Methoden der deskriptiven Statistik und der Prüfstatistik eingesetzt. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen

- die Analyse bestimmter Merkmale von Arbeiten und Lernen in Arbeitsgrundkollektiven der materiellen Produktion,
- die Analyse ausgewählter äußerer und innerer Determinanten von Arbeiten und Lernen,
- die Verflechtung dieser Tätigkeiten und ihrer Merkmale als Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung und
- die Ableitung von Ansätzen für fundierte Handlungsanleitungen aus den gewonnenen Untersuchungsergebnissen.

3.2 Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus den empirischen Erhebungen

3.2.1 Allgemeine Ergebnisse und Schlußfolgerungen¹¹

- Sozialistische Persönlichkeitseigenschaften (Bewußtheit, hohe Arbeitsmoral, Kollektivität usw.) entwickelten sich dann intensiv, wenn die Aktivität des einzelnen in *verschiedenen* Tätigkeitsbereichen (Arbeiten, Lernen, politische Tätigkeit) stark ausgeprägt war.

¹¹ Auf Schlußfolgerungen, die lediglich für die damalige DDR Bedeutung hatten, wurde bewußt verzichtet.

¹² Seitenangaben ohne nähere Quellenangabe beziehen sich auf den Forschungsbericht (vgl. Quellenangabe 9).

- Es wurde eine *ungenügende Stabilität* der Erziehungsvorgänge in den Arbeitsgrundkollektiven festgestellt. Dazu wurde im Forschungsbericht ausgeführt: „Bedenklich erscheint, daß die deutlichste Ausprägung im instabilen bzw. negativen Bereich gerade bei jenen Fragen zutage tritt, die gegenwärtig von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung sind:

- Auseinandersetzungen bei Verletzung der Arbeitsdisziplin: 36% ständig, 52% manchmal, 12% gar nicht
- Diskussion von Fragen der eigenen Qualifizierung im Arbeitskollektiv: 22% häufig, 52% selten, 26% nie.“ (S. 232)¹²

- Große Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung hatte die Dauer der Zugehörigkeit zum Arbeitsgrundkollektiv.

- Die Wirksamkeit erzieherischer Einflußnahme auf Berufstätige ist stärker als bisher in der wissenschaftlichen Literatur nachgewiesen „von der *Berücksichtigung alters-typischer Arbeits- und Lebensbedingungen* abhängig.“ (S. 233)

- Die pädagogischen Erfahrungen jener Ingenieure, Ökonomen und Arbeiter, die in der beruflichen Weiterbildung als Lehrkräfte wirken, müssen für die Persönlichkeitsentwicklung der Berufstätigen besser genutzt werden.

3.2.2 Spezielle Ergebnisse und Schlußfolgerungen zur Lern-tätigkeit

- „Als äußere Determinanten der Lern-tätigkeit wurden in die empirische Untersuchung einbezogen:

- aus dem Arbeitsprozeß erwachsende Ansprüche an die Lern-tätigkeit,
- Stimulierung der Lern-tätigkeit durch den Leiter,
- Stimulierung der Lern-tätigkeit durch das Kollektiv.

- Als innere Determinanten der Lern-tätigkeit wurden in die empirische Untersuchung einbezogen:

- Lerneinstellung des Werk-tätigen
- Lerngewohnheiten des Werk-tätigen
- Lerner-fahrungen des Werk-tätigen.“

(Thesen zum Forschungsbericht, Seite 17)

- Das Lernen des Berufstätigen lag in hohem Maße in der unmittelbaren Einheit von Arbeit und Erziehung begründet. Der schnelle technische Fortschritt hatte den ständigen Wandel der Arbeit zur Folge (Art und materiell-technisches Niveau der Produktion, Schichtsystem usw.) und stellte dadurch wachsende Ansprüche an die Lernbereitschaft.

- Eine nicht zu übersehende Rolle spielten auch das Alter, das Geschlecht, Abschlüsse der allgemeinbildenden Schule, der Berufsschule, aus dem Fachschul- bzw. Hochschulstudium sowie die Arbeits- und Lebenserfahrungen der Berufstätigen.

- Künftige berufliche Anforderungen möglichst genau zu kennen, erwies sich als besonders förderlich für die Entwicklung der Lern-tätigkeit.

- Gesellschaftliche Aktivität (staatliche Leitungstätigkeit sowie die Ausübung von ehrenamtlichen Funktionen im öffentlichen Leben) bedingten ein hohes Niveau der Lern-tätigkeit.

- Arbeit, die geistige Anforderungen stellte, aber auch gleichermaßen anspruchsvolle körperliche und geistige Arbeit förderte die Lern-tätigkeit.

- Je länger die Dauer der Betriebszugehörigkeit, desto ausgeprägter die Lerntätigkeit. Noch stärker wirkte jedoch die *berufliche* Tätigkeitsdauer auf die Lerntätigkeit.

- Mit zunehmendem Alter/längerer Berufstätigkeit wuchs das Niveau der Lerntätigkeit. Da im allgemeinen mit wachsendem Alter und langjähriger Berufstätigkeit die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten ein deutlich höheres Niveau erreichen, wirkt auch ein steigender Qualifikationsgrad stimulierend auf die Lerntätigkeit.

- Regelmäßige Weiterbildung (ohne Pausen, die länger als 3 Jahre dauern) hat sich als bedeutsame Bestimmungsgröße für die Entwicklung der Lerntätigkeit erwiesen.

3.2.3 Spezielle Ergebnisse und Schlußfolgerungen zur Arbeitstätigkeit

- Das Niveau der sozialistischen Arbeitseinstellung wurde über die inneren Determinanten „Disziplin“, „Initiative und Schöpferium“ sowie „Kollektivität“ erfaßt. Diese inneren Determinanten wurden über die Indikatoren „Arbeitsinhalt“, „Arbeitsorganisation“ und „Arbeitskollektiv“ sowie in Beziehung zu den sozialen Persönlichkeitsmerkmalen „Alter“, „Allgemeinbildung“ und „Berufliche Qualifikation“ untersucht. (Thesen zum Forschungsbericht, Seite 11)

- Die inhaltlichen Bestandteile der sozialistischen Arbeitseinstellung wiesen unter dem Aspekt ihrer positiven Ausprägung folgende Reihenfolge auf:

- Arbeitsdisziplin
- Bindung an Betrieb und Arbeitsgrundkollektiv (Kollektivität)
- Gegenseitige Erziehung zur Arbeitsdisziplin (Kollektivität)
- Persönliche Wettbewerbsverpflichtungen (Initiative und Schöpferium)
- Neuereraktivität im weiten Sinne (Initiative und Schöpferium)

Berufstätige der Leichtindustrie und des Handels lagen über dem durchschnittlichen Niveau der Arbeitsdisziplin, Kollektivität und Wettbewerbsaktivität, Werkstätige des Maschinenbaus und der Chemie über dem durchschnittlichen Niveau der Neuerertätigkeit. Diese Unterschiede waren wahrscheinlich technisch, produktionsorganisatorisch, aber auch durch soziale Spezifika bedingt, beispielsweise durch die Konzentration weiblicher Arbeitskräfte im Handel und in der Leichtindustrie. Natürlich spielten auch die sozialen Persönlichkeitsmerkmale hinein: Alter, Abschluß der allgemeinbildenden Schule, berufliche Qualifikation.

- *Arbeitsdisziplin*, *Kollektivität* und *Wettbewerbsaktivität* wurden besonders stark durch das Arbeitskollektiv beeinflußt, während die *Neuereraktivität* stärker durch Arbeitsinhalt und Arbeitsorganisation, jedoch geringer durch das Arbeitskollektiv beeinflußt wurden.

- Das Niveau der Arbeitseinstellung erwies sich bis zum 25. Lebensjahr und bis zu einer Betriebszugehörigkeit von 5 Jahren am geringsten ausgeprägt. Junge Arbeiter, die nach der Berufsausbildung ihr Berufsleben begannen, und

¹³ Mit der „Schule der sozialistischen Arbeit“ hatte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in der ehemaligen DDR ein spezielles Schulungssystem für Gewerkschaftsmitglieder geschaffen, in dem vorwiegend ökonomische und politische Themen behandelt wurden.

neu in den Betrieb kommende Arbeitskräfte bedurften daher einer besonders intensiven Zuwendung, damit sich ihre Integration möglichst kurzzeitig und konfliktarm vollziehen konnte. Dabei sollten die häufig sehr bewegten persönlichen Lebensbedingungen (Armeezeit, Familiengründung u. a.) berücksichtigt werden.

- Die Eingliederung in das Arbeits- und Betriebskollektiv erfolgte vor allem unter dem Einfluß des Arbeits(grund)kollektivs. Dieses war auch für die Entwicklung der Arbeitseinstellung eine entscheidende Determinante.

- „Die Arbeitsleistungen der Werkstätigen wurden überwiegend durch die verschiedenen Formen des *materiellen* Anreizes stimuliert. Erziehung mittels *ideeller* Stimulierung (Erfordernis für die Gesellschaft, Anforderungsniveau der Arbeit, Anerkennung im Kollektiv u. a.)“ war dann „erfolgreich, wenn dieses objektiv gegebene Bedingungsgefüge bewußt berücksichtigt und besonders die große Wirkung der materiellen Stimulierung als Ausgangsbedingung für den Erziehungsprozeß erkannt wurde. Die persönlichkeitsfördernde Wirkung materieller Stimulierung kann durch deren erzieherisch bewußten Einsatz weiter erhöht werden.“ (Thesen zum Forschungsbericht, Seite 16)

3.2.4 Spezielle Ergebnisse und Schlußfolgerungen zur politischen Tätigkeit

- Unter politischer Tätigkeit wurde vorrangig die Teilnahme am Wirken der politischen Organisationen in der sozialistischen Gesellschaft verstanden.

- Die politische Tätigkeit der Werkstätigen (Teilnahme an Veranstaltungen, Auftreten in politischen Diskussionen, Wahrnehmung von gesellschaftlichen Funktionen) weist das nachfolgend dargestellte differenzierte Niveau auf (1.= höchstes Niveau):

1. Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen,
2. Teilnahme an der Schule der sozialistischen Arbeit,¹³
3. Auftreten in politischen Diskussionen,
4. Wahrnehmung von gesellschaftlichen Funktionen.

„Die festgestellte Abnahme der politischen Aktivität von 1. bis 4. hängt mit dem zunehmenden Anspruch dieser Tätigkeiten an das politische Engagement, an die Aufwendung von persönlicher Freizeit und an persönliche Verantwortung zusammen.“ (Seite 244)

- Während 26% der Befragten zwei und mehr Funktionen ausübten, hatten 49% überhaupt keine Funktion. Von den Befragten äußerten sich 34% nicht zu ihrem Auftreten in politischen Diskussionen und 23% nahmen nicht an der Schule der sozialistischen Arbeit teil.

- Die berufliche Spezifik der Arbeit hatte keinen wesentlichen Einfluß auf die politische Aktivität der Werkstätigen. Dagegen übte das politische Klima in den Arbeits(grund)kollektiven einen stärkeren Einfluß aus.

- Der Zusammenhang zwischen dem Niveau der politischen Tätigkeit und dem moralischen Niveau der Arbeitstätigkeit war stark ausgeprägt. Einem konsequent parteilichen Auftreten (Überzeugtsein von der Richtigkeit der Politik der DDR-Führung und ein entsprechendes Handeln) entsprach weitgehend ein vorbildliches Arbeitsverhalten. Dieser Zusammenhang war im negativen Bereich in gleicher Weise vorhanden, so der Forschungsbericht.

- Der Zusammenhang von körperlicher und geistiger Arbeit sowie der politischen Tätigkeit bestand darin, „daß mit der Zunahme des geistigen Elements in der Arbeit die

politische Aktivität anwächst. Dieser Zusammenhang war bei der politischen Tätigkeit deutlicher ausgeprägt als bei einigen Elementen der Arbeitstätigkeit (Arbeitsdisziplin, Wettbewerbsaktivität).“ (Seite 245). Deshalb wurde vermutet, daß die festgestellten Schwächen im arbeitsmoralischen Verhalten ihre Ursachen stärker in ungenügend ausgeprägten Gewohnheiten und in Unbedachtheit haben als in politischem Desinteresse.

- Zwischen politischer Tätigkeit und den Bedingungen, die durch das Arbeitskollektiv gegeben sind, wurde ein eindeutiger Zusammenhang nachgewiesen. Mit zunehmender Dauer der Betriebszugehörigkeit war ein stetiger Anstieg der politischen Tätigkeit zu verzeichnen. Er wuchs ab 10 Jahre Zugehörigkeit am stärksten an, d. h. wenn auch die Betriebsverbundenheit ausreichend entwickelt war.

- Das stärkste Anwachsen der Neuerer- und der Wettbewerbsaktivität erfolgte dagegen zeitlich früher, ab 2 bzw. 5 Jahre Betriebszugehörigkeit.

- Mit fortschreitendem Lebensalter stieg die politische Aktivität an, teilweise beginnend mit dem 25., teilweise mit dem 30. Lebensjahr. Bei Jüngeren (20 – 25 Jahre) dagegen zeigte sich bezüglich des Auftretens in politischen Diskussionen eine rückläufige Entwicklung.

- Während Abgänger der 10. Klasse der allgemeinbildenden Schule hinsichtlich politischer Tätigkeit gegenüber 8-Klassen-Abgängern einen Rückstand aufwiesen (sie sind später ins Arbeitsleben eingetreten), haben sie wissensmäßig letzteren gegenüber bessere Voraussetzungen.

- „Die politische Tätigkeit stieg mit zunehmender beruflicher Qualifikation an.“ (Seite 247). Besonders deutlich zeigte sich das vom Qualifikationsniveau „Meister“ an, also beginnend mit einer Niveaustufe, die mit der Leitung von Menschen verbunden ist.

Im Forschungsbericht wurden hauptsächlich alle positiven Befunde aufgewiesen, Negatives aber meist offengelassen oder in die Form einer positiven Aussage gewendet, so daß man zwischen den Zeilen lesen mußte. Anders ausgedrückt: Die Ursachen negativer Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung wurden nicht genannt bzw. kaum berührt. Das war eine Voraussetzung für die Annahme des Forschungsberichtes.

Die im Forschungsbericht vertretene breite Auffassung von Erziehung (vgl. die Begriffserläuterungen) tendierte dazu, *alle* auf den Menschen einwirkenden Prozesse für bewußte und direkte Menschenformung (Schaller) nutzbar zu machen und unter dem Begriff „Erziehung“ zu subsumieren. Damit wurde bewußt oder unbewußt der Allmacht pädagogischer Einwirkung das Wort geredet. Persönlichkeitsentwicklung unter den Bedingungen volkseigener Betriebe wurde in ihrer Bedeutung überhöht gesehen. Vor allem wurde ideologische Erziehung als „Allheilmittel“ betrachtet. Pädagogische Einflußnahme zur Persönlichkeitsentwicklung ist erforderlich, gilt aber nicht im absoluten Sinne. Oft sind soziale Bedingungen für den einzelnen so zwingend, daß pädagogische Einwirkung weitestgehend versagt.

Ein Beispiel dafür lieferte die Entwicklung in der ehemaligen DDR. Die vielfältigen „erzieherischen Maßnahmen“ konnten nicht verhindern, daß Verletzungen der Arbeitsdisziplin, politische Desinteressiertheit und sinkende Leistungsbereitschaft immer mehr Platz griffen. Das konnte bei der allen objektiven Erfordernissen widersprechenden

Kommandowirtschaft, einem nie verwirklichten Leistungsprinzip und bei den hektischen Versuchen, trotz sich verschlechternder ökonomischer und technologischer Bedingungen mit immer neuen Kampagnen höhere Leistungen zu erzwingen, niemals gelingen. Die Jüngeren hatten diese krassen Mängel nicht nur in ihrer ganzen Schärfe gesehen, sondern auch mit der Massenauswanderung, die ein wesentlicher Anstoß für die Wende in der DDR war, darauf reagiert.

4 Gedanken zum Zusammenwachsen der beruflichen Weiterbildung und der gesamten Erwachsenenbildung

Auch auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung und der Erwachsenenbildung insgesamt gilt es, 40 Jahre Vergangenheit aufzuarbeiten. Dieser komplizierte Prozeß wird erfolgreich verlaufen, wenn

- in den neuen Bundesländern schnell ein neues System der beruflichen Weiterbildung und Erwachsenenbildung insgesamt entsteht,
- die Bildungseinrichtungen ihre Gemeinsamkeiten erkennen und das Beste vom anderen übernehmen,
- schnell eine fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt wird und
- die wissenschaftliche Arbeit in ihr einen festen Platz erhält.

Zu diesen Schwerpunkten sollen im folgenden einige Ausführungen gemacht werden.

Erstens muß in den 5 neuen Bundesländern und in Berlin (Ost) zügig ein pluralistisch gestaltetes, demokratisch geleitetes System der beruflichen Weiterbildung und der Erwachsenenbildung insgesamt aufgebaut werden, in dem die einzelnen Bildungseinrichtungen (VHS, betriebliche Bildungsinstitutionen, Urania, kirchliche Bildungseinrichtungen u. a.) eigenverantwortlich wirken können.

Je weiter das Zusammenwachsen der Bildungseinrichtungen im geeinten Deutschland voranschreitet, desto mehr verliert die berufliche Weiterbildung im Osten Deutschlands die alten Merkmale des „realen Sozialismus“. Dabei wird es sich zeigen, ob eine neue demokratische Realität entsteht oder ob es nur zu einer Anpassung und Angleichung an die Gegebenheiten der ehemaligen Bundesrepublik kommt.

Zur Zeit werden folgende Veränderungen bereits sichtbar: Erhöhung der inhaltlichen und organisatorischen Flexibilität der beruflichen Weiterbildung vor allem im Hinblick auf

- marktwirtschaftliche Erfordernisse,
- umfangreiche inhaltliche Veränderungen der Weiterbildung im Beruf, in der Umschulung und Fortbildung, in erster Linie hinsichtlich der Beherrschung moderner Technik, insbesondere der Informationstechnik,
- die Beachtung der Aufgaben der Ökologie, der Entwicklung des Umweltbewußtseins, vor allem im Zusammenhang mit den jeweiligen spezifischen Arbeitsaufgaben.

Die Basis für die berufliche Weiterbildung bildeten in der ehemaligen DDR über 700 Betriebsakademien. Sie leisteten Beachtliches für die Aus- und Weiterbildung der Berufstätigen. Ihr besonderer Verdienst bestand in der Entwicklung einer in die Millionen gehenden Zahl von Facharbeitern und vieler hochqualifizierter Meister. Hinzu kam die Hoch- und Fachschulausbildung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden wissenschaftlichen Einrich-

tungen und die vielfältigen Formen der beruflichen Weiterbildung. Auch für die langfristige Umschulung ganzer Berufsgruppen, deren Arbeitsplatz und/oder Beruf aufgrund tiefgehender technologischer Veränderungen oder wegen der Erschöpfung von Rohstoffquellen (z. B. Steinkohlen- und Kupferbergbau) in abschbarer Zeit nicht mehr bestehen würde, vollbrachten die Betriebsakademien bedeutende Leistungen.

Die Perspektive dieser Einrichtungen ist gegenwärtig ungewiß. Nach Meinung vieler Experten sollten Betriebsakademien im Territorium erhalten bleiben, weil sie

- die spezifischen Bedingungen im Territorium und in ihrem Wirtschaftszweig kennen,
- qualifizierte Lehrkräfte und gute materielle Voraussetzungen besitzen,
- betriebliche Vorhaben schnell und wirksam unterstützen können und
- erfahren sind in der Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Hoch- und Fachschulen sowie mit der Kammer der Technik.

Alle diese Erfahrungen könnten sie für eine enge Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kommunalverwaltung, mit den Arbeitsämtern, Berufsverbänden und Gewerkschaften nutzen.

Die Volkshochschulen, eine der Institutionen der beruflichen Weiterbildung, gehen offensichtlich einem bedeutenden Aufschwung entgegen. Sie durchlaufen eine Erneuerungsphase. Unter dem Gesichtswinkel des Grundrechtes der Bürger auf lebenslange Bildung sind Funktion und Aufgabenstellung der Volkshochschulen zu bestimmen und für die jeweilige Einrichtung regionalspezifisch auszugestalten. Die Geschichte des Volkshochschulwesens seit dem Beginn unseres Jahrhunderts vermittelt dafür reiche Erfahrungen. Die einzelnen Volkshochschulen in den 5 neuen Bundesländern und in Ost-Berlin werden sich vor allem zu Zentren der Allgemeinbildung weiterentwickeln. Als kommunale oder selbständige Bildungseinrichtungen der Erwachsenenbildung, zusammengeschlossen in Landesverbänden, werden sie einen eigenständigen Platz im Bildungssystem einnehmen. Im Auftrag der Arbeitsämter, in direkter Kooperation mit den Betrieben und anderen Partnern – wofür sie reiche Erfahrungen besitzen – werden die Volkshochschulen flexibel auf die konkreten Bedürfnisse in den einzelnen Regionen reagieren.

Auch auf dem Gebiet der Frauenqualifizierung hat die Erwachsenenbildung der ehemaligen DDR Beachtliches geleistet. Gesetzliche Bestimmungen über die Facharbeiterausbildung von Frauen sicherten, daß der zeitliche Aufwand dafür äußerst gering war, daß während der Qualifizierung keine Lohninbußen eintraten und gute Lernergebnisse gewährleistet waren. Frauen, die über eine mindestens zehnjährige berufliche Praxis verfügten, erwarben nach einer kurzfristigen Ausbildung den Facharbeiterbrief. Für Frauen, die sich zum Fachschulingenieur oder -Ökonom qualifizieren wollten, wurden an den entsprechenden Bildungseinrichtungen Frauensonderklassen geschaffen. Diese und zahlreiche weitere Maßnahmen führten zu dem Ergebnis, daß von 100 Frauen mit Fachschulabschluß 91 diese Qualifikation nach 1946 erwarben, von 100 Facharbeiterinnen 78 ihren Facharbeiterbrief und von 100 Meisterinnen 80 den Meisterbrief erhielten.

Im Osten Deutschlands könnten jährlich schätzungsweise 400000 Facharbeiter, Akademiker, Arbeitslose aller Berufsgruppen und ausländische Gastarbeiter weitergebil-

det bzw. umgeschult werden. Viele Bürger werden sich auch für den Erwerb des Abiturs interessieren, da hier der Nachholbedarf erheblich ist. Ansteigen wird auch der Bedarf an Kursen zur kulturellen, künstlerischen und sprachlichen Weiterbildung, zur Wissenschaftsentwicklung, zu speziellen neuen Technologien, zu philosophischen und historischen Themen. Eine bedeutende Rolle werden in den nächsten Jahren marktwirtschaftliche Themen, finanzielle Fragen und Umweltschutzprobleme spielen.

Zweitens sollte die im Osten Deutschlands notwendige Orientierung auf das marktwirtschaftliche System mit dem Bemühen aller Einrichtungen der Erwachsenenbildung der heutigen Bundesrepublik einhergehen, die Lösung der anstehenden politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Aufgaben auch über demokratische Institutionen nachhaltig zu unterstützen.

Hierfür seien folgende Aufgabenbereiche genannt:

- die Wirtschaftsentwicklung im gesamtdeutschen Rahmen und ihre Verflechtung mit der Wirtschaft der anderen europäischen Staaten;
- Fragen der Energiepolitik;
- alle mit der Ökologie/dem Umweltschutz zusammenhängenden Probleme, einschließlich der Abrüstung;
- Sichern einer möglichst zuverlässigen Information über zukünftige berufliche Anforderungen, zumindest in den wichtigsten Zweigen der Wirtschaft und in den Hauptrichtungen der Technikentwicklung, weil sie motivierende Wirkung auf Weiterlernen und Weiterbildung hat und die Erfolgssicherheit im Beruf erhöht;
- Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades, d. h. einer möglichst unbedeutenden Zahl von Arbeitslosen, um keine produktiven Kräfte brachliegen zu lassen und mit einem hohen Wachstumstempo der Wirtschaft einen steigenden Lebensstandard zu garantieren, was gegenwärtig speziell für den Osten Deutschlands ein ernstes soziales Problem ist;
- das Stoppen der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Osten Deutschlands;
- die Befähigung der Bürger zur verantwortungsbewußten und kritischen demokratischen Mitwirkung in allen öffentlichen Angelegenheiten;
- Beiträge leisten für ein reiches und vielgestaltiges kulturelles Angebot;
- Hilfe für die ehemals sozialistischen Länder Europas, damit ein geeintes, friedliches und entmilitarisiertes Europa entsteht;
- eine wirksame Hilfe für die Länder der Dritten Welt.

Drittens sollten die in der beruflichen Weiterbildung und in der gesamten Erwachsenenbildung in beiden Teilen Deutschlands erreichten Fortschritte gründlich analysiert, akzeptiert und – modifiziert entsprechend den jeweiligen regionalen und kommunalen Bedingungen – von allen Bildungseinrichtungen in Ost und West übernommen werden.

Für ein solches Vorgehen bieten sich folgende Anknüpfungspunkte:

- Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der zum ständigen lebenslangen Weiterlernen zwingt;
- die bereits vorhandene hohe Allgemeinbildung und das in der Mehrheit der Bevölkerung entwickelte Bildungsbedürfnis;
- die ökonomische und soziale Bedeutung der Weiterbildung für einen ständigen Aufschwung der Gesellschaft;
- die Möglichkeit, bestimmte Elemente des Arbeitsprozes-

- ses für die Entwicklung wertvoller Persönlichkeitseigenschaften wirksam zu machen;
- die Notwendigkeit, die Leiter von Gruppen/Teams Berufstätiger zu Fragen der Menschenführung und Persönlichkeitsentwicklung weiterzubilden, damit sie ihre Unterstellten für vorbildliche Arbeit und für die berufliche Weiterbildung motivieren;
- die Bedeutung der engen inneren Bindung an den Betrieb, an das Werk als Ganzes, an die Leistungen seiner Belegschaft, die Anerkennung seiner Produkte (Qualitätsarbeit) im In- und Ausland, wertvolle Betriebstraditionen für eine hohe Leistungsbereitschaft aller Belegschaftsmitglieder;
- die Nutzung der positiven Wirkung demokratischer Aktivität von Berufstätigen für ihre Arbeitseinstellung und Lernbereitschaft (Wer sich für mehr als nur für seine persönliche Arbeit verantwortlich fühlt, übt meistens auch einen positiven Einfluß auf andere aus.).

Was könnte von den Einrichtungen der (beruflichen) Weiterbildung der ehemaligen DDR übernommen werden?

- Die langfristige Planung und Organisation von Lernprozessen;
- die didaktische Umsetzung der zu vermittelnden Inhalte (Lehrinhalte);¹⁴
- das organisierte Selbststudium;
- die pädagogische Befähigung der Lehrenden; die Kontrolle und kameradschaftliche Anleitung vor allem solcher Lehrkräfte, die erst kurze Zeit in der (beruflichen) Erwachsenenbildung tätig sind bzw. eine solche Tätigkeit gerade erst beginnen sowie von Ingenieuren und Technikern, die Gruppen/Teams von Berufstätigen leiten;
- die zielstrebige Herausbildung und Festigung positiver Persönlichkeitsmerkmale und wertvoller Charaktereigenschaften im Bildungsprozeß bei bewußter Nutzung der Lebens- und Berufserfahrungen und des bis dahin erworbenen Wissens und Könnens der Weiterzubildenden;

- die Schaffung vielfältiger Möglichkeiten für die Frauenqualifizierung;
- die Organisation der beruflichen Weiterbildung ohne Pausen, die länger als 3 Jahre dauern, und das für einen möglichst großen Teil der Bevölkerung.

Viertens müßte dafür gesorgt werden, daß die notwendigen Maßnahmen zur Zusammenarbeit im Gesamttrahmen Deutschlands, wie Information, Erfahrungsaustausch, Kooperation u. a. von den Mitarbeitern der (beruflichen) Erwachsenenbildung mit der ihnen eigenen schöpferischen Initiative, Entscheidungsfreudigkeit, Variabilität und Anpassungsfähigkeit möglichst schnell durchgesetzt werden.

Der Austausch von Lehrkräften und technischen Mitarbeitern wäre sicherlich eine erfolgversprechende Form des Erfahrungsaustausches. Viele neue Formen der Zusammenarbeit sind hier gefragt.

Fünftens sollte die praktische Zusammenarbeit mit einem interessanten, fruchtbaren wissenschaftlich-theoretischen Meinungsstreit auf den Gebieten Erwachsenenpädagogik/Andragogik, Psychologie des Erwachsenenalters (insbesondere Lernpsychologie), soziologische Probleme des Erwachsenenalters und Fragen der Gerontologie gekoppelt werden. Der vergleichenden Bildungsforschung öffnen sich hier weite Horizonte.

Die Vereinigung der beiden 40 Jahre getrennten Teile Deutschlands bietet auch den Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung wie der Erwachsenenbildung insgesamt die große Chance einer Arbeit in neuen Dimensionen, die noch nicht vollständig zu überblicken sind. Die in den fünf neuen Bundesländern tätigen Lehrkräfte, wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter sind bereit, die Chance zu nutzen und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus den alten Bundesländern zu pflegen.

¹⁴ Dazu wären sicher detaillierte Angaben von Interesse.